

2 IM FOKUS

Luxemburger Wort
Freitag, den 4. April 2014

Roaming-Gebühren sollen bis 2016 verschwinden

Brüssel. Wer auf Reisen im EU-Ausland mit dem Handy telefoniert oder im Internet surft, soll nach dem Willen des Europaparlaments demnächst keine Extragebühren mehr dafür bezahlen müssen. Die Abgeordneten stimmen am Donnerstag in Brüssel dafür, diese Roaming-Gebühren bis zum 15. Dezember 2015 zu verbieten. Die EU-Kommission wollte die Gebühren erst zum 1. Juli 2016 abschaffen. Bis zu einer endgültigen Entscheidung dürfen aber noch Monate vergehen: Die Pläne benötigen auch die Zustimmung der EU-Staaten. (dpa)

INTERNATIONAL Seite 9

EU und Afrika bekämpfen illegale Migration

Brüssel. Die Europäische Union und die afrikanischen Staaten wollen gemeinsam gegen illegale Migration vorgehen. Beim 4. EU-Afrika-Gipfel vereinbarten beide Seiten am Donnerstag in Brüssel, zusammen dafür zu sorgen, dass weniger Menschen ihre afrikanische Heimat Richtung Europa verlassen. In einer gemeinsamen Erklärung sagten die Staaten zu, den Menschenhandel zu unterbinden, die Grenzen besser zu sichern und die Anreize zu bekämpfen. Zugleich wollten sie die legale Einwanderung fördern, damit Afrikaner als Arbeitskräfte in die EU kommen können. (dpa)

INTERNATIONAL Seite 9

Bomellecœur-Prozess: Pierre Reuland bleibt stur

Luxemburg. Der letzte Verhandlungstag vor den Osterferien bot trockene Kost, die aber zumindest im weiteren Verlauf einem der Zeugen schwer im Magen liegen wird. Dem gestern setzte der ehemalige Polizeichef Pierre Reuland seine Unterschrift unter ein schriftliches Protokoll, das die Staatsanwaltschaft dazu bewegen könnte, gegen ihn Anklage wegen Meineids zu erheben. Nach Ostern soll Generalstaatsanwalt Biever zudem seine Aussage, „hochgestellte Persönlichkeiten“ steckten hinter den Anschlag, erläutern. (mth)

LOKALES Seite 17

Tennis: Dänemark in der Favoritenrolle

Hillerød. Ab heute steht für das Luxemburger Davis-Cup-Team das Auswärtsspiel in Dänemark auf dem Programm. Olmie Gilles Muller befindet sich das FIT-Team in der Außenseiterrolle. Es kann allerdings breifrei aufspielen, da es den vorzeitigen Klassenerhalt in der Europa-/Afrikazone II bereits in der Tasche hat. „Chancenlos sind wir nicht. Wir wissen zwar, dass die Aufgabe, hier ohne Muller zu bestehen, nicht gerade einfacher geworden ist, jedoch sind meine Spieler hochmotiviert“, erklärt Kapitän Johnny Goudenbour. (fot)

SPORT Seite 21



INTERVIEW: CHRISTOPH BUMB

Braucht die EU eine grundlegende Reform ihrer Institutionen? Und wenn ja, welche? Andreas Maurer ist ein deutscher Politologe und anerkannter Fachmann für europäische Fragen, insbesondere was das Europäische Parlament betrifft. Im LW-Interview erklärt er den aktuellen Stand der politischen und institutionellen Entwicklung der EU und zeigt Wege auf, wie man die Zusammenarbeit in der Union infolge der Finanzkrise auf eine neue Integrationsstufe stellen könnte.

■ Herr Maurer, viel ist die Rede von einem Demokratiedefizit in der EU. Inwiefern trifft die Kritik zu?

Ich würde eher von Legitimationsdefizit sprechen. Das Bild, das die EU in letzter Zeit abgibt, nährt natürlich die Vorstellung mangelnder demokratischer Legitimität. Ich denke da vor allem an die Wahrnehmung jener Staaten und Bürger, die von der EU-Politik in der Schuldenkrise unmittelbar betroffen sind. Das mag rein formal alles richtig und auf Basis der Verträge ablaufen. Aber viele fragen sich, welche Legitimation eine sogenannte Troika hat, und was der IWF in diesem Ausmaß in der europäischen Politik zu suchen hat. Der IWF ist als maßgeblicher Akteur in keiner Weise demokratisch legitimiert, weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene. Und doch trifft er im Kontrast mit dem Europäischen Rat und der Kommission wesentliche Entscheidungen. Das Agieren und die Wahrnehmung der Troika ist jedenfalls ein wichtiger Bestandteil des Legitimationsdefizits der EU.

■ Besteht das Grundproblem nicht auch in der Verlagerung von demokratisch legitimierten Entscheidungen von der nationalen auf die EU-Ebene?

Das trifft durchaus zu. Die Frage ist doch: Was passiert mit den Kompetenzen, die die nationalen Parlamente auf die europäischen Institutionen übertragen? Wenn man den

langen Bogen spannt von der Gründung der Europäischen Gemeinschaften bis zum Lissaboner Vertrag, sieht man, dass dieser Transfer von Kompetenzen im Sinne der Legitimation ein langer Kampf war. Historisch gesehen landeten die Befugnisse in der Regel zunächst beim Ministerrat und dann, erst in einem zweiten Schritt, beim Europäischen Parlament (EP). Man muss aber auch sehen, dass das EP seit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Luxemburger Vertrag von 1986 bis heute massiv an Gestaltungsmöglichkeiten gewonnen hat. Formal ist das Parlament in den aller meisten Politikbereichen der EU gleichberechtigt mit dem Ministerrat. In rund 70 Prozent der Fälle eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in der EU ist das Parlament mittlerweile maßgeblich beteiligt.

■ Das kommt so aber nicht immer bei den Bürgern an ...

Das Problem ist, dass dieser Gewinn an legitimer parlamentarischer Gestaltungsmacht den Bürgern schwer vermittelbar ist, weil das EP selbst an einem großen Kommunikationsdefizit leidet. Wenn die Parlamentarier sagen, dass sie sich in einem bestimmten Punkt gegen den Ministerrat durchgesetzt haben, ist es eigentlich nicht das, was die Bürger in den Nationalstaaten, auch in Luxemburg, von einem Parlament erwarten. Das liegt daran, dass in Straßburg und in Brüssel die Debatten nicht so sehr an parteipolitischen Fronten verlaufen. Der auf europäischer Ebene außerordentlich hohe Grad an Komplexität und Politikverflechtung ist den meisten Bürgern in der EU nicht so bewusst wie das, was sie mit Politik im Sinne einer Links-rechts-Logik in ihren Ländern verbinden.

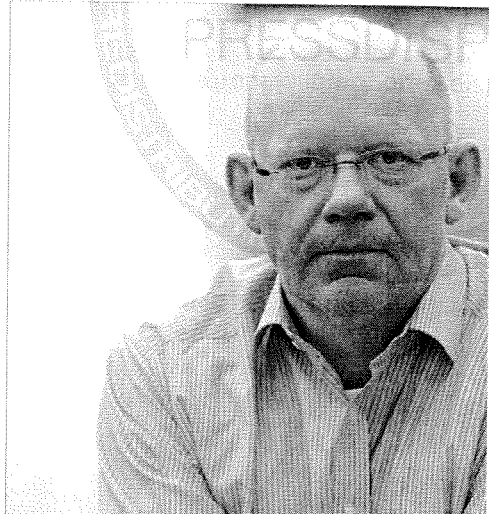
■ Inwiefern trägt das zum Demokratie- oder Legitimationsdefizit bei?

Das politische System der EU ist nicht so politisiert wie in den meisten europäischen Nationalstaaten.

Die Legitimität der EU

„Die EU muss sich sel

Der Politologe und EU-Integrationsforscher Andreas Maurer über Legitimations



Der Politik-Professor Andreas Maurer warnt vor einer Politisierung der europä

Die meisten Entscheidungen im EP werden nach langer Abstimmung von einer breiten Parteienkoalition getroffen. Und wenn zum Beispiel ein DP-Abgeordneter aus Luxemburg zusammen mit einem deutschen Kommunisten und einem britischen Konservativen einen Änderungsantrag einbringt, wie es oft der Fall ist, lässt sich der politische Wert einer solchen Entscheidung von den Abgeordneten nicht mehr so leicht vermitteln. Das erklärt dann auch, dass bei Europawahlen in jenen Ländern, in denen keine Wahlpflicht herrscht, die Wahlbeteiligung oft extrem niedrig ist. In den westeuropäischen Staaten liegt die Beteiligung bei rund 50 Prozent, während man in den neueren östlichen Staaten froh sein kann, wenn 30 Prozent der Wähler über ihre EU-Abgeordneten bestimmen. Die Stär-

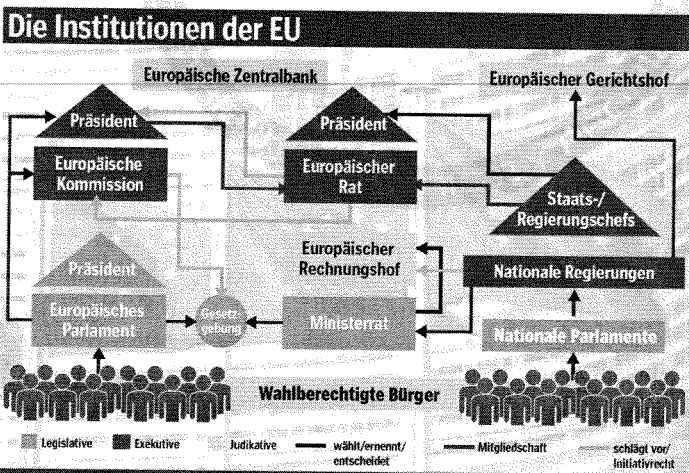
ke des Parlaments innerhalb der EU-Institutionen und seine gleichzeitige Schwäche in der Außendarstellung ist jedenfalls ein grundlegendes Paradox der heutigen Union, das sich auch auf die Vorstellung eines generellen Defizits an politischer Legitimation auswirkt.

■ Kann die voraussichtliche Berücksichtigung eines Spitzenkandidaten bei den Europawahlen für den Posten des Kommissionspräsidenten daran etwas ändern?

Ich hoffe und nehme stark an, dass diese neue Dimension durchaus wählermobilisierend wirken wird. Das Problem ist nur, dass der Kommissionspräsident nicht die Kommission ist. Das heißt, dass selbst wenn zum Beispiel Jean-Claude Juncker und die EVP die Wahl gewinnen, die ganze Kommission democh dem Nationen- und Parteienproporz gerecht werden muss. Das wird egal wie eine ganz große Koalition aus Konservativen, Sozialisten, Liberalen und eventuell auch Grünen werden. Aufgrund dieser Verteilung der Kommissionsposten wird es so schnell auch kein echtes, regelrechtes parlamentarisches Regierungssystem auf EU-Ebene geben. Denn wenn alle großen Parteien in der Kommission vertreten sind, wird es fast zwangsläufig auch weiterhin zu parteiübergreifenden Mehrheiten im Parlament kommen. Wenn die Spitzenkandidaten dies allerdings so kommunizieren würden, würde der durchaus parteipolitisch geführte Europawahlkampf noch mehr an Attraktivität für die Wähler verlieren.

■ Welche Konsequenzen hätte ein demokratisch-parlamentarisch legitimierter Präsident der Kommission für das gesamte politische System?

Diese Regelung ist prinzipiell schon seit dem Amsterdamer Vertrag, al-



Luxemburger Wort
Freitag, den 4. April 2014

IM FOKUS 3

Institutionen

„Sollte man hier so weit gehen und die EU-Verträge ändern“

defizite und Wege zur institutionellen Reform der europäischen Idee



ischen Institutionen. (FOTO: UNI DINSBRUCK)

von nicht viel halte, müssten die Kommissare in der Tat aus dem Parlament hervorgehen, also vorher auch vom Volk gewählt worden sein. Damit würde aber vor allem die Kommission viel stärker politisiert, womit sie als Hüterin der Verträge noch mehr an neutraler Entscheidungs- und Orientierungsmacht im EU-System verlieren würde. Die Kommission kommt ohnehin schon so unter die Räder von Ministerrat und Parlament. Ich halte das für extrem gefährlich, weil die Kommission dann irgendwann zu dem wird, was sich etwa die Briten immer gewünscht haben, nämlich zu einem reinen Sekretariat des Europäischen Rates. Das würde in der Tat die ganze Funktionsweise der EU in Frage stellen, indem es letztlich die intergovernmentalen Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs aufwertet und besonders den kleineren Mitgliedstaaten schadet. Und das würde dann auch ein ganz neues, viel größeres Legitimationsdefizit bewirken.

■ **Im Zuge der Finanzkrise hat sich das Institutionengefüge de facto verändert. Welche Mittel gibt es, um das institutionelle Gleichgewicht wiederherzustellen?**

Zunächst muss man den Weg zurück zu einer Gleichrangigkeit zwischen allen Mitgliedstaaten – ob groß oder klein – finden. In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, dass die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat, und darunter wiederum die, die der Eurozone angehören, allen anderen Akteuren die Pistole auf die Brust drücken. Die Tendenz war, dass eine kleine Gruppe von großen Staaten, oft genug auch nur die deutsch-französische Achse, im Hinterzimmer etwas aushecken, dann damit in den Rat gehen und sagen: Entweder so oder gar nicht. Und wenn die anderen nicht mitmachen, droht ein Kern Europa oder ein Alleingang der Großen, die sich so faktisch außerhalb des EU-Systems bewegen. Beispiel: Fiskalpaket. Das kann man positiv wenden, aber auf Dauer ist diese fast schon anarchische Zusammenarbeit problematisch für den europäischen Einigungsprozess. Hier ist in Zukunft

■ **Sollte man hier so weit gehen und die EU-Verträge ändern?**

Das wird auf uns zukommen, ja. Denn in Teilen ist die EU sehr reformbedürftig. Man muss bedenken, dass die Wirtschafts- und Währungsunion institutionell noch nie angetastet wurde. Es gab bisher ja einen breiten Konsens, dass man sich hier nicht ran trauen sollte. Wir sehen aber jetzt schon seit geraumer Zeit, dass es auf der Basis von Maastricht nicht funktioniert. Vor allem in der europäischen Wirtschaftspolitik brauchen wir weniger Stückwerk und mehr tatsächliche Koordinierung. Da führt an einer Vertragsänderung kein Weg vorbei. Das wird sicherlich eine schwierige Regierungskonferenz mit langen Verhandlungen, aber ich bin überzeugt, dass es dazu keine echte Alternative gibt. Regierungskonferenzen dauern lange und sind mühsam, aber da muss man eben durch.

■ **Was wären hier die Prioritäten?**

Es gibt eigentlich nur eine Priorität. Der EU fehlt es an einer Ausweitung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die europäische Wirtschaftsunion, die wir haben, verdient den Namen nicht. Es bedarf eines neuen institutionellen Rahmens für eine gemeinsame und tatsächlich koordinierte Wirtschaftspolitik in der EU. Bei einer Vertragsänderung sollte man sich auch nur darauf konzentrieren, eventuell noch den Handel mit reinnehmen, aber nicht mehr. Es soll nicht um einen neuen Anlauf für eine EU-Verfassung gehen, sondern um eine präzise Reform, die sich in der Vergangenheit als unbedingt notwendig erwiesen hat.

■ **Braucht es dafür nicht wieder einen breit angelegten Konvent wie schon im Vorfeld der EU-Verfassung?**

Ich denke schon. Bei einem neuen Anlauf muss man sich aber unbedingt und bereits im Vorfeld auf einen klaren und verbindlichen Modus zur Ratifizierung einigen, um ein erneutes Scheitern wie bei der Europäischen Verfassung von Anfang an zu vermeiden.

■ **Ließe sich dadurch nicht auch eine höhere Legitimität der EU herstellen?**

Grundsätzlich, ja. Die oft außerparlamentarisch geforderte direkte Beteiligung der Bürger und Zivilgesellschaft ist hingegen schwierig. Denn letztlich stellt sich die Frage der Verbindlichkeit von breit diskutierten Vorhaben. Irgendwann muss dann doch jemand entscheiden und die handfesten Interessenkonflikte innerhalb der EU aushalten. Aber der vergangene Konvent hat gezeigt, dass man noch mehr tun kann und sollte, um vor allem die Transparenz der von den europäischen Eliten ausgehandelten Entscheidungen zu erhöhen. Die Entscheidungen sollten auch keine Angst vor der Einbindung kritischer Stimmen haben. Das muss man aushalten und souverän und konstruktiv damit umgehen.

so seit 1999 möglich. Und seitdem gab es auch keinen EU-Kommissionspräsidenten, der gegen den Willen des Parlaments ernannt wurde. Im Gegenteil hat das Parlament schon den ein oder anderen Kommissar-Kandidaten durch sein Veto verhindert. Die Aufwertung der Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien, die nicht zuletzt medial stattfindet, ist zu begrüßen, insofern sie zu einer größeren Wertschätzung der Europawahlen und eventuell zu einer höheren Wahlbeteiligung führt. Ansonsten sollte man sich aber nichts vormachen. Egal wie stark der Kandidat ist, der sich am Ende durchsetzt, wird er allein an der aktuellen Funktionsweise der EU nichts grundlegend ändern können.

■ **Wie schätzen Sie denn die Besonderheit ein, dass Jean-Claude Juncker zwar Spitzenkandidat der EVP ist, aber nirgends in Europa wählbar ist?**

Ja gut (lacht). Es hat auf den ersten Blick schon einen komischen Beigeschmack. Ich denke aber nicht, dass das ein entscheidender Punkt im Wahlkampf sein wird, auch wenn seine Konkurrenten das mit Sicherheit thematisieren werden. Das gibt es ja auch in manchen Staaten, also, dass man nicht unbedingt gewähltes Parlamentsmitglied sein muss, um in die Regierung gewählt werden zu können. Und die Kommission ist ja auch nicht die Regierung und auch nicht die alleinige Exekutive der EU. Demnach sollte man die Tatsache, dass Juncker nicht auf der Wahlliste ist, nicht überbewerten.

■ **Sollte man denn nicht den Weg zu mehr tatsächlicher Parlamentarisierung des ganzen Systems gehen?**

Eine Parlamentarisierung geht immer auch mit einer stärkeren Politisierung einher. Wenn man diesen Weg gehen will, auch wenn ich da-

„Eine strikte Politisierung der EU wäre extrem gefährlich.“

Andreas Maurer

auch ein starker Kommissionspräsident gefragt, der darauf pocht, dass die kleinen Staaten nicht übergangen werden und vor allem, dass die Zukunft der EU-Staaten auch innerhalb der EU-Institutionen entschieden wird. Das gilt insbesondere auch für die Frage der Eurozone, die nicht parallel zum Rest des Systems, sondern unabhängig von der Zahl der Euro-Mitglieder eine Währungsunion mit Verantwortung für ganz Europa ist und auch sein muss.

LEITARTIKEL

Der (un-)sichere Weg

Bei der EU-Bilanz der Verkehrstoten des Jahres 2013 belegt Luxemburg den traurigen zweiten Platz – hinter Polen. Kein Ruhmesblatt, zumal EU-weit ein durchschnittlicher Rückgang von acht Prozent verzeichnet wurde.



„Der Punkteführerschein ist keine „Success Story“ auf ganzer Linie.“

CLAUDE FEYEREISEN

Entwicklung auf ihre tatsächliche Wirkung überprüft werden.

Statistisch gesehen bedeuten die 42 Verkehrstoten des Jahres 2013 eine Verschlechterung um 32 Prozent gegenüber 2012. Zwar mag man die tatsächliche Aussagekraft derartiger Jahreswerte mit Vorsicht dazugehöriger Verhältnissangaben angesichts der Größe und der Einwohnerzahl des Landes – im Vergleich zu anderen, größeren EU-Staaten – in Frage stellen, doch sollte man die brutale Realität in Form einer stark gestiegenen Verkehrstotenrate nicht aus dem Blick verlieren. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass man sich im Falle gesunkener Opferzahlen auf offizieller Seite und bei den Verkehrssicherheitsvereinigungen gerne auf die Schulter klopfte. Mit der aktuellen Entwicklung tut man sich offenbar recht schwer, Reaktionen blieben bislang aus.

Die Zahl der Verkehrstoten des Jahres 2013 stimmt nachdenklich: Luxemburg verfügt über ein Straßennetz, das sich im europäischen Vergleich in einem überdurchschnittlich guten Zustand befindet, über ein Autobahnnetz, das zu einem großen Teil (noch) nachts beleuchtet ist, über einen Punkteführerschein und über ein erhebliches Polizeiaufgebot. Allesamt Maßnahmen, die eigentlich kontinuierlich zu weniger Verkehrstoten hätten führen müssen. Seit der Einführung des Punkteführerscheins betrachtet, ist zwar nicht Jahr für Jahr das Gegenteil der Fall, die erheblichen Schwankungen sind dennoch nicht als bloßer Zufall oder Verkettung unglücklicher Umstände abzutun.

Stattdessen sollten die erwähnten Maßnahmen – denen von offizieller Seite stets gerne ein erzieherischer Nebeneffekt nachgesagt wird – angesichts der aktuellen

Eine „Success Story“ auf ganzer Linie ist der am 1. November 2002 unter dem damaligen DP-Transportminister Henri Grethen in Kraft getretene Punkteführerschein bei genauerer Betrachtung nicht. Nach fast zwölf Jahren fürchten die Fahrzeuglenker immer noch vorrangig den Verlust von Punkten beziehungsweise – im schlimmsten Fall – den Verlust der Fahrerlaubnis. Die Angst, in einen Unfall verwickelt zu werden, Verletzungen zu erleiden und/oder Drittersonen in Mitleidenschaft zu ziehen, fährt in den meisten Fällen nicht mit – was sich in dem aggressiven Verhalten vieler Fahrer widerspiegelt.

Stichwort Erziehung: Während der Punkteführerschein seine – von Grethen bemühte – „psycho-pädagogische Wirkung“ offenbar verfehlt, könnte die Eingliederung der Verkehrserziehung in den Sekundarschulunterricht ein Denkansatz sein. Auf diese Weise könnten die Heranwachsenden, im Idealfall vor dem Erreichen des Führerscheinalters, rechtzeitig mit den Gefahren einer risikoreichen Fahreigenschaft konfrontiert werden. Auch könnte man die Führerscheinprüfung an einen Erste-Hilfe-Kurs mit anschließendem Praktikum beim Zivilschutz koppeln.

Ähnlich ermutigend wie die Verkehrstotenbilanz liest sich das Kapitel „Sécurité routière“ des Regierungsprogramms. Man beschreitet keinen anderen Weg, der von den Vorgängerregierungen eingeschlagene wird beibehalten und mit „Blitzern“ angereichert. Ob der repräsentive auch der sichere Weg ist, bleibt dahingestellt.

■ claudfeyereisen@wort.lu

LE COMMENTAIRE

Statu quo

Plus rien n'est sûr par les temps qui courent, sauf le socialisme français. Inoxydable, inamovible et obstinément pérenne: le socialisme français dure: et durera toujours, conservé dans le formel de son vocabulaire, de ses dogmes et codes. De cette constance, François Hollande est devenu le champion, qui vient d'accomplir l'improbable prodige d'un changement à l'identique, du renouveau par le statu quo, en procédant à un remaniement ministériel qui tel un cabinet de cire laisse apparaître un gouvernement quasi inchangé. Une constance qui force notre admiration, car il faut de l'audace pour conserver en leur fonction les ministres les plus contestés, il faut de la témérité même pour n'introduire que deux ministres nouveaux dans un exécutif dont les Français venaient, trois jours auparavant,

d'exprimer un rejet franc et massif. Mais François Hollande a plus que de l'audace: il fait montre de rouerie, d'un tour d'esprit proche de l'espèglerie en introduisant au gouvernement, parmi les deux ministres nouveaux, une Ségolène Royal qui sur le plan politique y avait été déjà et qui sur le plan personnel fut sa compagne. Les socialistes diront que c'est plus que de la constance: c'est de la fidélité, et c'est très beau. Les Nietzscheans par contre parleront d'un éternel retour au même, qui tout au contraire du «samsara» bouddhiste est une fatalité dont on ne peut élas se libérer. On pensait que François Hollande était un cœur simple; on sait aujourd'hui qu'il est de la trempe d'un François Mitterrand: tête, rusé, imprévisible mais constamment ambigu. GASTON CARRÉ